Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 4

Artikel: Ein garantiertes Grundeinkommen für alle?
Autor: Ulrich, Peter / Held, Thomas / Steinmann, Lukas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-840675

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

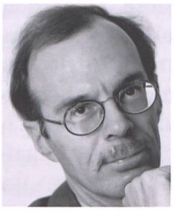
Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein garantiertes Grund

Pro

Freiheit – auch für die Verlierer



Emanzipatorischer Leitgedanke liberaler Politik ist eine Gesellschaft real freier und gleichberechtigter Bürger. Den praktischen Ansatzpunkt bildet seit jeher die rechtsstaatliche Gewährleistung allgemeiner Bürgerrechte. (Neo-)feudale Privilegien passen ebenso wenig in eine wahrhaft «bürgerliche» Gesellschaft wie eine Unterklasse unfreier, vom Wohlwollen anderer abhängiger Menschen.

Nun hat ein real freies Leben auch materielle Voraussetzungen. **Neben den Persönlichkeitsrechten und den Staatsbürgerrechten gehören deshalb zum Status real freier Bürger auch Rechte auf angemessene Beteiligung an der «Volkswirtschaft», falls diese einlösen soll, was der Begriff (Wirtschaft des Volkes)** verspricht. Einerseits geht es um Optionen der Integration in die Marktwirtschaft, was ja für junge Menschen nach dem Abschluss der Berufsausbildung oder für Arbeitslose längst nicht mehr selbstverständlich ist. Anderseits sollen freie Bürger auch die Möglichkeit haben, sich ein Stück weit aus den Sachzwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs emanzipieren zu können. **Reale Bürgerfreiheit ist mehr als Wirtschaftsfreiheit. Die unantastbare Bürgerfreiheit ist auch jenen zu gewährleisten, die im «freien» Markt zu den Verlierern gehören.**

Der real existierende Liberalismus hat die Differenz zwischen freiem Markt und freien Bürgern aus den Augen verloren. Er versucht, alle Herausforderungen einer wohlgeordneten Gesellschaft eindimensional in wirtschaftlichen Kategorien zu bewältigen. Es ist eine logische Konsequenz einseitiger wirtschaftlicher Liberalisierung, dass der Leistungsdruck im Wirtschaftsleben zunimmt, Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, die Schwächeren aus dem Arbeitsmarkt fallen und die Lasten eines Sozialstaats, der bloss die Symptome bekämpft (kompensatorische Sozialpolitik), wachsen.

Die entscheidende liberale Qualität der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger besteht darin, sie ein Stück weit aus dem Zwang zum Erfolg im Markt zu befreien, indem allen ein Rechtsanspruch auf einen bescheidenen, aber voraussetzungslosen Anteil am Sozialprodukt gewährt wird. Gewiss: **Eine solche «Sozialdividende» müsste langsam über viele Jahrzehnte aufgebaut und aus dem Produktivitätsfortschritt finanziert werden, um volkswirtschaftlich nachhaltig zu sein.** Noch für längere Zeit wäre sie nicht existenzsichernd; nur schrittweise könnten also die herkömmlichen Formen kompensatorischer «Sozialhilfe» abgebaut werden. Und da das Sozialprodukt nur einmal verteilt werden kann, müsste im Mass der Anhebung des allgemeinen Grundeinkommens auf Reallohnzuwächse am Arbeitsmarkt verzichtet werden, was immerhin die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines relativen Hochlohnlands wie der Schweiz stärken würde. **Sinnvoller Zielhorizont wäre es, eines Tages alle herkömmlichen Sozialtransfers durch ein hinreichendes unbedingtes Grundeinkommen (plus beispielsweise 50 Prozent davon für Kinder) überflüssig zu machen.** Administrativ das Ideal des «schlanken» Sozialstaats!

Wer einwendet, dass mit einem Grundeinkommen dem Giesskannenprinzip gefrönt würde und es klüger wäre, den Sozialstaat auf die gezielte Hilfe an die «wirklich Bedürftigen» zu fokussieren, verkennt den antiliberalen Charakter der Stigmatisierung von Menschen als «Sozialfälle». Wahrhaft liberal ist nur eine Gesellschaft, die allen Bürgern die Voraussetzungen eines selbstbestimmten Lebens in Würde gewährleistet – ob sie zu den Gewinnern oder den Verlierern des Wettbewerbs gehören. Es geht darum, die bürgergesellschaftlichen Voraussetzungen für eine legitime Deregulierung der Arbeitsmärkte im internationalen Standortwettbewerb zu schaffen.

Das allgemeine Grundeinkommen ist eine radikale bürgerliberale Orientierungsidee, die buchstäblich der Zivilisierung der Marktwirtschaft die Richtung weist: **emanzipatorische Gesellschaftspolitik statt kompensatorische Sozialpolitik!**

Peter Ulrich

Der Autor ist Ordinarius und Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Als Herder-Taschenbuch ist von ihm 2005 erschienen: «Zivilisierte Marktwirtschaft – Eine wirtschaftsethische Orientierung».

einkommen für alle?

Contra

Freiheit in Abhängigkeit?

Freiheit ist das oberste Ziel einer liberalen Gesellschaft. Dazu gehöre – so Peter Ulrich – auch die materielle Freiheit, die Kaufkraft bedingt. Aus der Gleichheit des Freiheitsanspruchs leitet er das Recht auf ein garantiertes Grundeinkommen ab. Erst dieses ermögliche eine liberale Gesellschaft. Eine auf den ersten Blick bestechende Vision. Denn sie weckt die Hoffnung, es liesse sich damit die ineffiziente und oft auch pervertierte Umverteilungsmaschinerie des Sozialstaats ersetzen.

Die Umsetzung der Idee wirft allerdings Fragen auf. Bereits die Festlegung der Höhe des existenzsichernden Grundeinkommens ist problematisch. Soll die angestrebte materielle Freiheit tatsächlich für alle sichergestellt werden, muss das Grundeinkommen die physische Existenzsicherung bei weitem übersteigen, was zu einem riesigen Transfervolumen führt. Die Steuersätze auf Arbeitseinkommen müssen entsprechend hoch angesetzt werden. «Moral Hazard» ist die Folge: **Manch einer wird sich zweimal überlegen, eine Arbeit anzunehmen oder lieber gleich in die Schattenwirtschaft abzuwandern.** Dieses «eiserne Gesetz», das empirisch bestens untermauert ist, führt zu stark verminderter Erwerbstätigkeit. **Noch höhere Steuern sind dann zur Finanzierung der «materiellen Freiheit für alle» nötig – die Erwerbstätigkeit wird noch unattraktiver. Ein Teufelskreis.** Der Wohlstandskuchen, der verteilt werden kann, wird folglich empfindlich schrumpfen – der Sozialstaat ist kein Perpetuum mobile. **Das kollektive «Trittbrettfahren» wird somit grosse Bevölkerungsschichten von der Wiege bis zur Bahre in die Abhängigkeit des Sozialstaates führen.** Statt mündige und freie Bürger zu fördern, droht die staatliche Vormundschaft.

Damit nicht genug: Kann ein garantiertes Grundeinkommen für alle gleich hoch angesetzt werden? Kaum. Die Fähigkeit, Freiheit zu erfahren und auszuleben, ist höchst individuell, ist nicht zuletzt durch die Gesundheit, Intelligenz und Bildung vorgegeben. Diese Differenzen lassen sich nicht mit einem garantierten Grundeinkommen ausgleichen. **Gleiche materielle Grundausstattung kann nicht mit äquivalenter Freiheit gleichgesetzt werden.** So ist das Konzept des garantierten Grundeinkommens, das sich aus der Gleichheit des Freiheitsanspruchs ableitet, inkonsistent mit dem Gleichheitsanspruch.

Bereits heute gehen die Sozialversicherungsleistungen weit über die Existenzsicherung hinaus und ermöglichen auch im Status quo die materiellen Freiheiten. Dieses Leistungsniveau ist allerdings nur dank hohem Wohlstand möglich und setzt ein stabiles Wirtschaftswachstum voraus. Zwei Gründe sprechen für Reformen der bestehenden Sozialpolitik: Erstens ist das Sozialversicherungsnetz ineffizient. Die Sozialhilfe verdrängt oft die Erwerbstätigkeit, da zusätzliches Einkommen bei grösserem Arbeitseinsatz durch entfallende Sozialtransfers und zusätzliche Steuern vollständig «weggesteuert» wird. **Im Extremfall bleibt unter dem Strich sogar weniger verfügbar: Arbeitende sind dann ärmer als Sozialhilfebezüger, sie sind in der Armutsfalle gefangen.**

Zweitens ist offensichtlich, dass das bestehende System mangelhaft ist. Es existiert eine Vielzahl von Sozialwerken, die kantonal unterschiedlich umgesetzt werden. Eine Wirkungsanalyse des Sozialstaates ist daher ein Ding der Unmöglichkeit. Somit besteht die Gefahr, dass in die «falsche Richtung» umverteilt und das Ziel der Armutsbekämpfung nicht erreicht wird. Die Intransparenz fördert zudem den Missbrauch, das Misstrauen und folglich auch die Stigmatisierung der Armut.

Diese Gründe sprechen für eine Entflechtung des bestehenden Sozialversicherungsnetzes. **Ein garantiertes Grundeinkommen, das dem inferioren und sozialpolitisch teuren Giesskannenprinzip zur flächendeckenden Verbreitung verhilft, ist aber mehr eine Vision als ein valabler Reformvorschlag.**

Thomas Held, Direktor Avenir Suisse
Lukas Steinmann, Projektleiter Avenir Suisse

Avenir Suisse ist ein unabhängiger Think Tank, der sich für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung in der Schweiz engagiert.